

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Amira Mohamed Ali, Heidrun Bluhm-Förster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/15568 –**

Regionale Ernährungssysteme stärken

A. Problem

Um die Versorgung der Bevölkerung mit nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln zu sichern, sind für die Antragsteller regionale Ernährungssysteme notwendig. Durch eine Regionalisierung von Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Konsum können für sie Stoffkreisläufe besser geschlossen, Transportwege minimiert und kulturelle sowie ökologische Aspekte des Landschaftsschutzes besser gefördert werden.

Die Agrarpolitik in der Europäischen Union (EU) und in Deutschland hat nach den Worten der Fraktion DIE LINKE die Landwirtschaft auf eine möglichst billige Warenproduktion für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt ausgerichtet. Regionale Kreisläufe und Wertschöpfung werden ihr zufolge deswegen verdrängt. Das Potential von regionalen Ernährungssystemen, einen maßgeblichen Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raums, für die Wertschöpfung sowie für den Klima- und Umweltschutz zu leisten, wird nach Auffassung der Antragsteller dadurch nicht genutzt bzw. bei weitem nicht ausgeschöpft.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/15568 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den deutschen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU – nach 2020 – stark an der regionalen Wertschöpfung und sozial-ökologischen Honorierungsmechanismen auszurichten und sich auf EU-Ebene für eine bessere Finanzierung der Zweiten Säule der GAP einzusetzen, um die auf die Entwicklung der ländlichen Räume und eine nachhaltige sowie umweltschonende Bewirtschaftung zielenden Programme entsprechend dem Bedarf zu finanzieren. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auf die Landwirtschaft auszuweiten und die Förderung vor- und nachgelagerter Bereiche an die Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten zu koppeln sowie das „Primäreffekt-Kriterium“ (Förderungsbedingung, nach der mehr als 50 Prozent der Waren überregional abgesetzt werden müssen) für diese Bereiche auszusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/15568 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Katharina Landgraf
Berichterstatterin

Ursula Schulte
Berichterstatterin

Stephan Protschka
Berichterstatter

Nicole Bauer
Berichterstatterin

Heidrun Bluhm-Förster
Berichterstatterin

Renate Künast
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Katharina Landgraf, Ursula Schulte, Stephan Protschka, Nicole Bauer, Heidrun Bluhm-Förster und Renate Künast

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 163. Sitzung am 28. Mai 2020 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 19/15568** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. legt dar, dass die Landwirtschaft für sie wichtige Ökosystemleistungen erbringen, Arbeitsplätze und Einkommen in den ländlichen Räumen bieten und die Bevölkerung mit nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln versorgen kann. Ihrer Auffassung nach kann die Landwirtschaft als multifunktionales System maßgeblich zu mehr Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Lebensweise beitragen. Um die Versorgung der Bevölkerung mit nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln zu sichern, sind für die Antragsteller regionale Ernährungssysteme notwendig. Durch eine Regionalisierung von Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Konsum können für sie Stoffkreisläufe besser geschlossen, Transportwege minimiert und kulturelle sowie ökologische Aspekte des Landschaftsschutzes besser gefördert werden.

Die Agrarpolitik in der Europäischen Union (EU) und in Deutschland hat nach den Worten der Fraktion DIE LINKE. die Landwirtschaft auf eine möglichst billige Warenproduktion für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt ausgerichtet. Regionale Kreisläufe und Wertschöpfung werden ihr zufolge deswegen verdrängt. Das Potential von regionalen Ernährungssystemen, einen maßgeblichen Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raums, für die Wertschöpfung sowie für den Klima- und Umweltschutz zu leisten, wird nach Auffassung der Antragsteller dadurch nicht genutzt bzw. bei weitem nicht ausgeschöpft. Regionale Ernährungssysteme können nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und somit die wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität der ländlichen Räume fördern. Die bestehende agrarpolitische Förderungsstruktur wirkt sich für die Antragsteller hemmend auf den Erhalt von Arbeitsplätzen aus.

Die gegenwärtigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen zwingen nach Darstellung der Antragsteller immer mehr Agrarbetriebe zur Aufgabe. Der Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass landwirtschaftsfremde Investorinnen und Investoren zunehmend in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt drängen, was ihr zufolge nicht nur die Entkoppelung von landwirtschaftlicher Produktion und ländlichen Räumen weiter verstärkt, sondern auch zu steigenden Bodenpreisen führt. Die Weiterverarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten ist laut der Antragsteller zunehmend konzentriert. Ihnen zufolge findet deren Wertschöpfung immer seltener in den ländlichen Räumen statt.

Diese Konzentrationsprozesse führen für die Fraktion DIE LINKE. durch die nach ihren Worten erpresserische Marktmacht von wenigen Großkonzernen aus den Bereichen Saatgut-, Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelproduktion, Schlachtung, Molkereien, Lebensmittelverarbeitung und Lebensmitteleinzelhandel zu einem wachsenden Druck auf die Erzeugerpreise. Dies ist nach Meinung der Antragsteller insbesondere für kleine und mittlere Betriebe eine große Belastung. Immer öfter trifft dies laut der Fraktion DIE LINKE. auch größere multifunktionale oder kooperativ bzw. genossenschaftlich arbeitende Agrarbetriebe, die viele Menschen beschäftigen und fair bezahlen. Notwendig sind für die Fraktion DIE LINKE. regionale Kreisläufe zugunsten der Vielen statt globale Märkte zum Profit der Wenigen.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/15568 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. den deutschen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU – nach 2020 – stark an der regionalen Wertschöpfung und sozialökologischen Honorierungsmechanismen auszurichten;

2. sich auf EU-Ebene für eine bessere Finanzierung der Zweiten Säule der GAP einzusetzen, um die auf die Entwicklung der ländlichen Räume und eine nachhaltige sowie umweltschonende Bewirtschaftung zielenden Programme entsprechend dem Bedarf zu finanzieren;
3. die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auf die Landwirtschaft auszuweiten und die Förderung vor- und nachgelagerter Bereiche an die Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten zu koppeln, sowie das „Primäreffekt-Kriterium“ (Förderungsbedingung, nach der mehr als 50 Prozent der Waren überregional abgesetzt werden müssen) für diese Bereiche auszusetzen;
4. die Fördermöglichkeiten für den Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) zu stärken und die Beantragung der Fördermittel deutlich zu vereinfachen und damit den Mittelabfluss besser zu gewährleisten;
5. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Zugang zu Boden für ortsansässige Agrarbetriebe zu sichern, Transparenz am Bodenmarkt zu schaffen und landwirtschaftsfremde Investoren vom Bodenmarkt auszuschließen;
6. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, Lebendtiertransporte in Drittländer zu verbieten;
7. klare, verbindliche und bundesweit geltende Leitfäden zu entwickeln, um die mobile Schlachtung zu ermöglichen;
8. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um gesetzliche Kriterien für eine zulässige Regionalkennzeichnung für Lebensmittel festzulegen, die sich am bereits bestehenden bundesweiten „Regionalfenster“ orientieren sollen, jedoch nachgebessert werden, indem klar und täuschungsfrei über Region, Herkunft der Zutaten und Verarbeitungsort informiert wird; dazu müssen insbesondere die Vorgaben hinsichtlich des Mindestanteils regionaler Zutaten bei zusammengesetzten Produkten erhöht, die Regionsgröße auf grundsätzlich 100 Kilometer beschränkt und Futtermitteln als Kriterien aufgenommen werden. Zu untersagen sind die Bildung von Großregionen, die Verwendung zusätzlicher Regionalkennzeichnungen oder sonstiger Regionalwerbung sowie der sog. Verarbeitungstourismus;
9. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Gemeinschaftsverpflegung an Kriterien der Regionalität geknüpft werden;
10. eine kostenfreie Verpflegung in allen Schulen und Kindertagesstätten bundesweit zu finanzieren, die den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entspricht und mit regionalen, saisonalen und ökologischen Lebensmitteln vor Ort frisch zubereitet wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 85. Sitzung am 16. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion auf Drucksache 19/15568 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 60. Sitzung am 16. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/15568 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 19/15568 in seiner 60. Sitzung am 16. September 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bemerkte, grundsätzlich sei gegen die Forderung im Antrag der Fraktion DIE LINKE., dass Lebensmittel verstärkt regional vermarktet werden sollten und dieses von der Politik unterstützt werden sollte, nichts einzuwenden. Die Möglichkeiten, die der Politik hierfür zur Verfügung stünden, seien breit gefächert. In den zurückliegenden Legislaturperioden sei von Seiten des Bundes versucht worden, mehr Regionalität bei Lebensmitteln zu fördern. Allerdings stelle sich die Definition, was eine Region sei, wie weit der jeweilige Bereich gehe und wie die Vermarkter, unabhängig von der Stufe in der Lebensmittelkette, mit dem Begriff umgehen sollten, als schwierig dar. Hier sei noch vieles zu tun. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und Bundesministerin Julia Klöckner (BMEL) hätten hier schon viele Dinge auf den Weg gebracht. So würden z. B. die Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung weiterhin vom BMEL gefördert. Zudem wären die Länder erneut von Seiten des BMEL aufgefordert worden, die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder verpflichtend anzuwenden. Bereits heute würden Kommunen im Verpflegungsbereich zunehmend auf Regionalität bei Lebensmitteln schauen. Auch beim Schulobstprogramm der Europäischen Union (EU) werde vermehrt darauf geachtet, dass u. a. das Gemüse und das Obst aus der Region „geholt“ werde. Im Bereich der Ernährungsbildung existiere der Nationale Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ (IN FORM), auf den erst jüngst von Seiten des BMEL in den Medien wieder aufmerksam gemacht worden sei. Der „Kompass Ernährung“ im Rahmen von IN FORM zeige u. a. auf, welche Lebensmittel „in der Nähe“ aufwüchsen. Er werbe für saisonales Essen und versuche, die Verbindung des Verbrauchers zur Landwirtschaft zu stärken. Es habe gemerkt werden können, dass in der Phase der Covid-19-Pandemie die Landwirtschaft insgesamt eine größere Bedeutung gewonnen habe und die regionale Versorgung bei Lebensmitteln wieder zunehme. Hier müsse drangeblieben werden. Wenn in Krisen die Eigenständigkeit der Versorgung gebraucht werde, dann werde sie auch in Nicht-Krisenzeiten benötigt. Die Regionen bzw. die regionale Herstellung von Lebensmitteln durch die Landwirtschaft müssten weiter unterstützt werden. Ein Herkunftszeichen für regionale Lebensmittel wäre eine Möglichkeit, die auch im Sinne des sog. Green Deal und der Farm to Fork-Strategie der Kommission der EU wäre.

Die **Fraktion der SPD** betonte, für sie habe die regionale Vermarktung von Lebensmitteln eine große Bedeutung. Es habe den Anschein, dass seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie sowohl die Verbraucher als auch die Erzeuger die Regionalität verstärkt für sich entdeckt hätten. Bäuerinnen und Bauern, die auf ihren Höfen Selbstvermarktung – z. B. von Fleisch – betrieben, berichteten, dass das Positive bei der Direktvermarktung für sie sei, den Preis für ihre Produkte selber bestimmen zu können. Das führe bei den Erzeugern zu mehr Zufriedenheit, weil ihre Arbeit eine höhere Wertschätzung, der sich auch im Preis für ihre Produkte widerspiegele, erhalte. Die Fraktion DIE LINKE. fordere in ihrem Antrag, dass die Förderprogramme für die Landwirtschaft ausgeweitet werden sollten. Hierzu sei darauf hinzuweisen, dass es bereits eine Reihe von Förderprogrammen von Seiten der EU und des Bundes bzw. der Länder gebe. Angefangen von der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) über die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU bis hin zu den Direktzahlungen in der 1. Säule der GAP und Programmen wie z. B. das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE). Auch wenn dieses alles sicherlich noch ausbaufähig sei, dürfe nicht so getan werden, als gäbe es diese Förderinstrumente nicht. Hinsichtlich der Antragsforderungen im Bereich Ernährung wäre es aus Sicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschenswert, wenn die Verpflegung in den Schulen und in den Kitas den DGE-Qualitätsstandards entspreche. Allerdings könne der Bund nicht alles regeln. Es müssten nicht nur hier auch die Länder und Kommunen „mit ins Boot“ genommen werden. Erfahrungen aus den Wahlkreisen zeigten, wie schwierig es häufig noch für die Bundespolitik sei, dem Thema „gesunde Ernährung“ bei der Kommunalpolitik die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Hier bestehe noch Verbesserungsbedarf. Ein weiteres Problem sei, dass Regionalität bei Lebensmitteln bisher nicht ausreichend definiert sei. Deswegen werde unbedingt eine EU-rechtlich sichere Definition gebraucht. Im Koalitionsvertrag (von CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode) stehe, dass sich mit den bestehenden Herkunftskennzeichnungen und dem „Regionalfenster“ nochmals beschäftigt werden sollte. Das „Regionalfenster“ sei eine gute Möglichkeit für den Verkauf regionaler Lebensmittel. Es genieße hohes Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, d. h. 80 Prozent von ihnen vertrauten diesem Siegel. Dieser hohe Wert sei sicherlich noch ausbaufähig. Das BMEL sei sicherlich schon dabei, es marketingtechnisch noch besser bekannt zu machen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gehe in die richtige Richtung, was kein „Wunder“ sei, da von Seiten der Fraktion DIE LINKE. zehn der 17 Antragsforderungen fast wortgleich aus älteren Anträgen der Fraktion der AfD „abgeschrieben“ worden seien. Die Fraktion DIE LINKE. hätte im Ausschuss

leider alle diese Forderungen der Fraktion der AfD abgelehnt. Sie müsse sich fragen lassen, wie dieses Verhalten mit ihrem eigenen Antrag jetzt zusammenpasse. Sie hätte in der Sitzung des Ausschusses am 6. November 2019 die im Antrag der Fraktion der AfD „Landwirtschaftliche Direktvermarktung stärken“ (Drucksache 19/13096) bezüglich der Ausweitung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) und der GAK auf die regionale Landwirtschaft sowie der Stärkung des „Regionalfensters“ genannten Punkte als Forderungen bezeichnet, „die teilweise durchaus skeptisch zu sehen seien“. Jetzt fänden sich exakt diese von ihr einst abgelehnten Forderungen der Fraktion der AfD in ihrem eigenen Antrag wieder. In der Sitzung des Ausschusses am 25. September 2019 hätte die Fraktion DIE LINKE. die im Antrag der Fraktion der AfD „Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulesen, keine EU-Ausschreibungspflicht“ (Drucksache 19/7033) u. a. enthaltenen Forderungen, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Gemeinschaftsverpflegung an die Kriterien der Regionalität zu knüpfen und die Ernährungsbildung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, als „vage“ bezeichnet. Die Fraktion DIE LINKE. habe diesen Antrag der Fraktion der AfD mit der Begründung abgelehnt, dass dessen Forderungen von der Bundesregierung bereits umgesetzt würden. Das hindere sie nicht, sie heute in ihrem Antrag selber zu fordern. Die im Antrag der Fraktion der AfD „Verbot von Tierexporten aus Deutschland“ (Drucksache 19/5532) enthaltene Forderung nach dem Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten hätte die Fraktion DIE LINKE. in der Sitzung des Ausschusses am 3. April 2019 ohne inhaltliche Begründung generell abgelehnt. Heute fordere sie das Gleiche. Die Fraktion der AfD freue sich, dass die Fraktion DIE LINKE. inzwischen erkannt habe, dass die Forderungen der Fraktion der AfD richtig seien. Sie werde sich dennoch beim Antrag der Fraktion DIE LINKE. enthalten, weil deren Forderung nach Finanzierung einer kostenfreien Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten zum einen Ländersache sei und zum anderen die Frage zu stellen sei, wer die Kosten in Milliardenhöhe finanzieren sollte. Es gebe keinen Vorschlag für eine Gegenfinanzierung im Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der FDP** lege dar, sie könne die Intension des Antrages der Fraktion DIE LINKE., regionale Ernährungssystem zu stärken, im Prinzip nachvollziehen. Die Direktvermarktung erfahre gerade in den Zeiten der Covid-19-Pandemie einen deutlichen Zugewinn. Es werde im Antrag richtig angemerkt, dass Landwirtschaft ein wichtiger Bestandteil in der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, aber auch für den ländlichen Raum, für den Klimaschutz und für die soziale Gerechtigkeit sei. Die Fraktion DIE LINKE. wolle eine starke Verlagerung bei der GAP von der 1. in die 2. Säule. Das hätte die Folge, dass keine Ausgewogenheit mehr in der Förderung herrschen würde, aber der Landwirt zugleich nicht mit den Lebensmittelpreisen das verdienen würde, was er verdienen sollte. Außerdem würde der Landwirt in der 2. Säule noch mehr an Auflagen gebunden. Für die Fraktion der FDP sei es nur vorstellbar, die 1. Säule der GAP abzubauen, wenn auch die Erzeugerpreise entsprechend ansteigen würden. Dann würde jedoch von anderen Lebensmittelpreisen gesprochen als heute. Die Fraktion DIE LINKE. rede in ihrem Antrag sehr oft von ökologischer Herstellungsweise und Vermarktungsmöglichkeiten. Aus Sicht der Fraktion der FDP reiße der Antrag damit Gräben zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft auf. Das lehne die Fraktion der FDP entschieden ab. Sie wolle keine „Zwangsökologisierung“ der Landwirtschaft, sondern trete dafür ein, dass es der unternehmerischen Entscheidung den Landwirten obliege, ob sie ökologische oder konventionelle landwirtschaftliche Produkte herstellen wollten. Der Fraktion der FDP komme die Frage im Antrag der Fraktion DIE LINKE. entschieden zu kurz, warum es immer weniger Geschäfte im Lebensmittel-Handwerk sowie bäuerliche Betriebe gebe, die Direktvermarktung machten. Das liege zuvorderst an der Bürokratisierung, Stichwort Bonpflicht. Im Schlachtereibereich habe zudem die EU-Schlachtverordnung reihenweise kleinere Metzgereibetriebe zum Aufgeben gezwungen. Daher müsse die Bundesregierung auf EU-Ebene tätig werden. Sie müsse zugleich statt eines nationalen ein EU-Tierwohllabel schaffen. Das müsse gerade im Zuge der gegenwärtigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft Ziel der Bundesregierung sein. Sie müsse die Weichen dafür stellen, um künftig Direktvermarktung auf entbürokratisierte Art und Weise ermöglichen zu können und damit künftig weiteren Betrieben die Möglichkeit geben, diesen Weg einzuschlagen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, die Landwirtschaft erbringe neben ihren wichtigen Ökosystemdienstleistungen wertvolle Wertschöpfung im ländlichen Raum, schaffe Arbeitsplätze und generiere Einkommen. Auch im Zusammenhang mit den Folgen der Covid-19-Pandemie werde deutlich, dass die internationalisierte Landwirtschaft an ihre Grenzen stoße. Die Fraktion DIE LINKE. gehe davon aus, dass eine Umstellung auf regionale Ernährungssysteme, d. h. die Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und der Konsum von Nahrungsmitteln in regionalen Kreisläufen, besser zu den gegenwärtigen Entwicklungen passe und die bestehenden schwierigen Problematiken bei der internationalisierten Landwirtschaft ausräumen könne. Aktuell sei die Landwirtschaft auf eine billige Warenproduktion für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt ausgerichtet, worauf reagiert werden müsse. Landwirtschaftsfremde Investoren drängten auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt, wodurch die

Entkoppelung der landwirtschaftlichen Produktion und der ländlichen Räume im vollen Gange sei. Beobachtet werden könnten zudem Konzentrationsprozesse in den Bereichen Saatgut, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, die zu großen Belastungen bei kleineren und mittleren Betrieben, aber auch bei größeren multifunktional oder kooperativ bzw. genossenschaftlich arbeitenden Agrarbetrieben führten. Es sei für die Fraktion DIE LINKE. notwendig, mit regionalen Ernährungssystemen eine Gegenentwicklung zu den aktuellen problematischen Entwicklungen einzuleiten. Dazu gehöre, dass die GAP stärker auf regionale Wertschöpfung und sozialökologische Honorierungsmechanismen ausgerichtet werden müsse. Benötigt werde auch eine bessere Finanzierung der 2. Säule der GAP. Zudem sei in Bezug auf Deutschland die GRW auf die Landwirtschaft auszuweiten, es sollte mit einem Gesetz die Sicherstellung des Zugangs zu Boden von ortsansässigen Agrarbetrieben gewährleistet werden sowie die Haltung, Ernährung und Schlachtung von Tieren regional ausgerichtet werden. Auch müsse mit mehr Information, Aufklärung und Transparenz für die Umsetzung auf eine regionale Nahrungsproduktion in der Bevölkerung geworben werden. Die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. vorgelegten 17 Punkte seien ein Vorschlag für eine wirkliche Agrarwende. Damit solle die Entwicklung der vergangenen Jahre, dass Deutschland bei der landwirtschaftlichen Produktion zum Exporteur von „virtuellen Flächen“ geworden sei, weiter reduziert werden. Mit der Covid-19-Pandemie zeige sich zudem, dass die Versorgungssicherheit bei globalen Lieferketten problematisch sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte mit, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gehe in die richtige Richtung, da er sehr viele gute Dinge enthalte. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie sei nochmals deutlich geworden, dass die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln erheblich gestiegen sei. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien Beispiele bekannt, wo z. B. Biohöfe deutlich mehr Kundenzuspruch als zuvor erhielten. Es sei aber wichtig, außerhalb einer solchen Pandemie für regionale Produkte mehr Nachfrage zu generieren und für mehr Aufmerksamkeit zu sorgen. Dafür müsse von der Politik der notwendige Rahmen geschaffen werden. Diesbezüglich enthalte der Antrag der Fraktion DIE LINKE. viele richtige Forderungen. Als originäre Instrumente zur Förderung der regionalen Wertschöpfung stünden die GAP und die GAK zur Verfügung. Ein großes „Fragezeichen“ müsse allerdings bei der Antragsforderung zur GRW gemacht werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es nicht für sinnvoll, die GRW auch noch für die Landwirtschaft grundsätzlich zu öffnen, weil schon heute im bestehenden System der Gemeinschaftsaufgaben Probleme bei der Adressierung von Förderungen bestünden. Es wäre sinnvoller, die GAK entsprechend zu reformieren, anstatt die GRW zu öffnen. Die Gemeinschaftsaufgaben bräuchten grundsätzlich eine Harmonisierung und eine bessere Zielgenauigkeit bei der regionalwirtschaftlichen Förderung, sodass Betriebe, die vorwiegend oder ausschließlich regional vermarkten würden und für ihre jeweilige Region strukturell bedeutsam seien, auch gezielt gefördert werden könnten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte in den Beratungen für den Bundeshaushalt 2020 ein Bundesprogramm „Direktverarbeitung und -vermarktung in den Regionen“ im Rahmen der GAK zur Förderung regionaler Wertschöpfung in Höhe von zehn Millionen Euro gefordert. Es wäre heute ein guter Zeitpunkt, ein solches Bundesprogramm „an den Start“ zu bringen. Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. fehle, besonders wenn das fehlende Angebot an regionalen Lebensmitteln gesteigert werden solle, eine klarere Adressierung des Lebensmittelhandwerks. Dessen Basis, z. B. im Bäcker- oder Metzgerhandwerk, falle zunehmend weg. Es werde vor Ort immer schwieriger, auch kleine Verarbeitungsstrukturen für Lebensmittel zu finden. Dieses Thema müsse deshalb explizierter angegangen werden. Erforderlich sei zudem, mehr Klarheit in das Thema Regionalkennzeichnung zu bringen. Darüber hinaus sei zu überlegen, inwieweit handwerklich hergestellte landwirtschaftliche Produkte dabei kenntlicher gemacht werden könnten.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/15568 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Katharina Landgraf
Berichterstatterin

Ursula Schulte
Berichterstatterin

Stephan Protschka
Berichterstatter

Nicole Bauer
Berichterstatterin

Heidrun Bluhm-Förster
Berichterstatterin

Renate Künast
Berichterstatterin

